

»Beschäftigte aus dem Werk wollen mitmachen«

Mit Blick auf die Daimler-Hauptversammlung: Proteste gegen die Rüstungsproduktion in Wörth. Ein Gespräch mit Bettina Seckler

Interview: Gitta Düperthal

Bettina Seckler ist Sprecherin der Gruppe Pfalz der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

Das Aktionsbündnis »Krieg beginnt hier« ruft für Dienstag zu Protesten vor dem Tor des Daimler-Werks in Wörth am Rhein auf, des weltgrößten Montagewerks für Lastwagen. Was werfen Sie dem Konzern vor?

Daimler ist nach wie vor im Rüstungsgeschäft tätig; trotz Ausstiegs aus dem europäischen Rüstungskonzern EADS stellt der Konzern in Wörth weiterhin Militärfahrzeuge her. Der Öffentlichkeit ist das kaum bekannt, denn die Firma publiziert es nicht: Auf der Webseite des Konzerns findet man dazu keine Zeile! Tatsächlich wird dort aber für alle Kriegs- und Bürgerkriegsfronten produziert, auch für Staaten, in denen Menschenrechte mit Füßen getreten werden: Libyen, Afghanistan, Syrien, Saudi-Arabien etc.

Unser Aktionsbündnis hat sich zum Ziel gesetzt, die Rüstungsproduktion in Wörth ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Wir fordern, das Werk auf zivile Produktion umzustellen. Eine Gruppe von Friedens- und Menschenrechtsorganisationen wird vor den Werkstoren zur Aktion schreiten – im Einklang mit den Kritischen Aktionären, die am Tag darauf, also am Mittwoch, in Berlin bei der Hauptversammlung des Konzerns ihre Kritik vortragen wollen.

Zu welcher Aktion wollen Sie denn schreiten?

Wir wollen die Beschäftigten vor den Werkstoren informieren. Ihnen werden Postkarten an Daimler-Vorstandschef Dieter Zetsche übergeben, damit sie sich unserem Protest anschließen und dieses blutige Geschäft kritisieren können. Vor allem wollen wir mit ihnen ins Gespräch kommen.

Mitwirken werden bei der Aktion das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC, Amnesty International und die DFG-VK. Hinzu kommen regionale Gruppen.

Machen die Gewerkschaften bei den Protesten nicht mit?

Nein, aber Betriebsräte und Vertrauensleute im Werk unterstützen die Aktion. Kürzlich konnten wir unsere Forderungen und Positionen sogar vor einer Versamm-



Foto: privat

lung von 150 gewerkschaftlichen Vertrauensleuten im Werk vortragen. Es ist ungewohnt, dort überhaupt Gehör zu finden. Einzelne Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) haben zugesagt, sich zu beteiligen – möglicherweise auch aus der IG Metall. Sogar aus dem Werk selbst wollen einige Beschäftigte mitmachen.

Sind die Gewerkschaften deswegen zurückhaltend, weil sie fürchten, durch den Stopp der Rüstungsproduktion könnten Arbeitsplätze verloren gehen?

IG Metall und Deutscher Gewerkschaftsbund meiden jede eindeutige Stellungnahme. In Wörth arbeiten etwa 12000 Beschäftigte, hauptsächlich in der zivilen Produktion. Der militärische Anteil ist sehr gering, er dürfte ein Prozent betragen. Wie groß er tatsächlich ist, wird geheimgehalten. Bei einer Umstellung auf rein zivile Produkte würden jedenfalls kaum Arbeitsplätze gefährdet. Wir treffen demzufolge bei den Gewerkschaftern durchaus auf offene Ohren, wobei es allerdings unterschiedliche Positionen gibt.

Welche Reaktionen gab es, als Sie dort am 12. April 2013 erstmals protestierten?

Wir sind nicht gleich offensiv aufgetreten, haben nicht blockiert, sondern wollten ins Gespräch kommen. Überraschend viele Beschäftigte reagierten positiv, der Betriebsrat hat uns angehört. Nur die Werksleitung hat nicht reagiert; sie war zunächst auch nicht unser Adressat. Wenn wir die Beschäftigten davon überzeugen können, daß die Rüstungsproduktion eingestellt werden muß, wird dies schließlich auch die Konzernleitung erreichen. Die Linke in Nordrhein-Westfalen plant übrigens für den 9. April Mahnwachen vor Daimler-Filialen. Wir sind zwar unabhängig von Parteien, begrüßen das aber.

Ist die Bundesregierung in der Verantwortung, weil sie Rüstungsexporte nicht per Gesetz unterbindet?

Der Bundessicherheitsrat entscheidet. Ihm gehören die Bundeskanzlerin und acht Minister an, seine Sitzungen sind geheim. Festzuhalten ist, daß er sich nicht an die eigenen rüstungspolitischen Richtlinien hält: Bekanntlich werden Rüstungsexporte an Staaten genehmigt, in denen massive Menschenrechtsverletzungen stattfinden.

Dienstag, 13 Uhr, Wörth, Tor F des Daimler-Werkes